

Lesart zu hören, der Apostolische Stuhl habe es zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor allem deshalb mit einer Übereinkunft mit Israel so eilig, weil er Einfluß nehmen möchte auf den Fortgang der Gespräche zwischen Israel und den Palästinensern. Manche Stimmen sprachen sich auch für ein langsames Vorgehen der israelischen Regierung dem Apostolischen Stuhl gegenüber aus.

Vizeaußenminister Beilin bestätigte, daß der Wunsch des Vatikans nach Einbeziehung in den Friedensprozeß ein Grund dafür gewesen sei, daß der Apostolische Stuhl der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zugestimmt habe. Er gab bekannt, daß der Vatikan in Zukunft an allen fünf bestehenden multilateralen Arbeitsgruppen teilnehmen werde, die sich mit den Themen *Flüchtlinge, Rüstungskontrolle, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Wasser und Umwelt* beschäftigen. Christliche Palästinenser

zeigten sich demgegenüber unzufrieden darüber, daß Israel zwar die gewünschten diplomatischen Beziehungen erhalten, aber nichts Substanzielles dafür gegeben habe.

Die Fortsetzung der Verhandlungen mit Israel über die unmittelbar bilateral interessierenden Fragen wird insofern nur ein Gleis darstellen, auf dem der Vatikan in den kommenden Monaten im Nahen Osten aktiv sein wird. Palästinenservertreter sprachen bereits in Rom vor – die PLO strebt für das autonome Gebiet um Jericho und den Gazastreifen eigene diplomatische Beziehungen zum Vatikan an. Am 1. Januar tauschten Jordanien und der Apostolische Stuhl Memoranden über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aus. Bei der traditionellen Kurienansprache vor Weihnachten kündigte der Papst an, daß er unabhängig von der für das kommende Frühjahr geplanten Libanonreise Israel besuchen werde. *K.N.*

Fail, offen gegen den Vertrag opponiert, während Sinn Fein, der politische Arm der IRA, die irische Regierung der Kollaboration mit der britischen Besatzungsmacht bezichtigte.

Ergebnis einer neuen Situation

Heute scheinen – wohl nicht ohne inneren Zusammenhang mit dem vielfach konstatierten inneren Wandel Irlands, der Abkehr von der „staatlich verordneten Moral“, verbunden mit der entschiedenen Öffnung zur Europäischen Union (vgl. HK, August 1992, 355f) – auch die Sympathien für eine antibritische und damit antiprotestantische Politik auf verschwindende Minderheiten beschränkt. Mit der neuen Offenheit in der Republik droht aber ebenso den Unionisten eines ihrer liebsten Feindbilder zu entschwinden, nämlich daß das „Home rule“ des Südens ein verkapptes „Rome rule“ sei. Vor allem aber scheint im Süden wie im Norden bei allen an dem Konflikt beteiligten Parteien die Ablehnung von Gewalt und Terror, die Sehnsucht nach Frieden bei immer überwältigenderen Mehrheiten vorherrschend, während extremistische Positionen mehr und mehr an den Rand geraten.

Entsprechend hoch eingeschätzt wird jedoch auch das Risiko für alle an der Initiative Beteiligten, das mit deren Scheitern verbunden wäre. „Eine zweite Chance“ werde es nicht geben, unterstrich denn auch Major bei der Veröffentlichung der gemeinsamen Erklärung.

Zunächst enttäuschte die Erklärung (vgl. den Wortlaut in FAZ, 17.12.93) auch viele Erwartungen. Beide Regierungen hätten ihre Vorstellungen einer längerfristigen Perspektive für Nordirland nur nebeneinandergestellt, lautet einer der zentralen Kritikpunkte. In jedem Fall wurden weiterreichende Aufgaben und Herausforderungen – gerade Fragen möglicher oder notwendiger institutioneller und administrativer Neuregelungen – von beiden Regierung vorsichtshalber zurückgestellt ge-

Nordirland: Die IRA am Verhandlungstisch?

Auch wenn ein Ende des Bürgerkrieges in Nordirland noch nicht in Sicht ist, verbinden sich mit der vom irischen und britischen Premierminister Mitte Dezember gemeinsam unterzeichneten Nordirland-Erklärung die Hoffnung auf einen entscheidenden Schritt in Richtung eines dauerhaften Friedens. Im Zentrum der Initiative steht das Angebot an die IRA und deren politischen Arm Sinn Fein, nach einem anhaltenden Gewaltverzicht als Verhandlungspartner im politischen Dialog anerkannt zu werden.

Welche Chancen für einen nachhaltigen Friedensprozeß die gemeinsame Nordirland-Erklärung des irischen und britischen Premierministers tatsächlich eröffnet, ist schwer zu beurteilen und der überaus diplomatische und um Ausgewogenheit gegenüber allen Parteien bemühte Stil scheint durchaus mehrere Lesarten zu ermöglichen. Um so mehr aber betonten die Kommentatoren die Gunst der Stunde, die *Albert Reynolds* und *John Major* mit ihrer im Oktober gestarteten Nordirlandinitiative und der Mitte Dezember veröf-

fentlichten gemeinsamen Erklärung ergriffen hätten.

Das zeigt insbesondere der Vergleich mit den sehr viel ungünstigeren Umständen, unter denen 1985 das irisch-britische Abkommen unterzeichnet wurde. Nicht nur, daß London und Dublin seinerzeit verschiedene Ziele verfolgten: die britische Regierung suchte mit dem Abkommen dem Terrorismus ein Ende zu setzen, die irische wollte den Weg für Verhandlungen über Nordirland öffnen. Damals hatte die größte irische Partei, Fianna

genüber dem allerersten Ziel der Erklärung, endlich Frieden, ein Ende der Gewalt für Nordirland zu erreichen.

Vor dieser Zielsetzung erschließen sich die zentralen Aussagen der Erklärung: die Versicherung der britischen Regierung, „daß sie keine egoistischen strategischen oder ökonomischen Interessen an Nordirland verfolgt“; die Zusicherung von irischer Seite, man akzeptiere, daß das demokratische Recht auf Selbstbestimmung des irischen Volkes als Ganzes der Zustimmung einer Mehrheit der nordirischen Bevölkerung bedürfe und nur so erreicht und ausgeübt werden könne; das von beiden Regierungen freilich mit unterschiedlichen Nuancen bekräftigte Selbstbestimmungsrecht des irischen Volkes. Vor allem aber akzeptiert London zum ersten Mal Sinn Fein als möglichen Verhandlungspartner, um ihr so einen auch vor den eigenen Anhängern vertretbaren Ausstieg aus Terror und Gewalt zu ermöglichen. Mehrfach wiederholte die britische Regierung im Anschluß an die Erklärung das Versprechen, sollte die IRA ihre Anschläge „für immer“ einstellen, könnten nach drei Monaten „erste Erkundungsgespräche“ mit Sinn Fein beginnen.

Mit diesem Angebot steht die IRA – auch gegenüber der eigenen Anhängerschaft – noch stärker unter Zwang. Zumindest ein Teil ihrer Führer scheint ernsthaft die Abkehr von Terror und Gewalt zu betreiben. Darauf verweisen neben einigen Friedenssignalen der jüngsten Zeit die geheimen Verhandlungen zwischen der IRA und der britischen Regierung im März des vergangenen Jahres, so undurchsichtig deren Ergebnisse wie deren Zustandekommen auch blieben. Als ein Teil des Briefwechsels Anfang Dezember presseöffentlich wurde und eine Welle der Entrüstung und Verwirrung vom britischen Parlament über die loyalistischen Parteien bis nach Dublin rollte, bestritten der erste Mann von Sinn Fein, *Gerry Adams*, ebenso wie der britische Nordirlandminister, *Sir Patrick Mayhew*, die Initiative ergriffen zu haben.

Als weiterer Beweis einer grundsätz-

lichen Dialogbereitschaft der IRA werden auch die Gespräche zwischen *John Hume*, dem Vorsitzenden der als gemäßigt nationalistisch geltenden und überwiegend katholischen nordirischen SDLP, und *Gerry Adams* gewertet. In den von Hume initiierten Kontakten, mit denen dieser selbst eine erhebliche Hypothek auf die eigene politische Glaubwürdigkeit gegenüber Dublin wie London aufnahm, sehen Beobachter zugleich einen entscheidenden Impuls für die britisch-irische Initiative.

Eine Änderung der irischen Verfassung?

Trotz dieser Verhandlungen riß die Kette des blutigen IRA-Terrors jedoch nie ab. Eine Woche nach den Hume-Adams-Gesprächen zerbarsten mit dem Bombenattentat in der „Shankill-Road“ auch viele neu gehegte Friedensserwartungen. Hoffnungen, der für die Weihnachtsfeiertage verkündete Waffenstillstand würde unter dem Eindruck des britischen Angebots länger, gar für immer dauern, waren ebenso schnell zerstört. Beim ersten Bombenalarm war das Jahr erst wenige Stunden alt, weitere Anschläge folgten.

Eine „schnelle Lösung“ werde es nicht geben, hat Gerry Adams angekündigt und mehrfach zusätzliche Klarstellungen zur britisch-irischen Erklärung gefordert. Scheinbar völlig unbeeindruckt von der britisch-irischen Initiative ebenso wie von den Gesprächen zwischen Adams und Hume hatte denn auch der zweite Mann von Sinn Fein, *Martin McGuinness*, in einem Interview zum Jahreswechsel erklärt, die republikanische Bewegung könne sich mit nicht weniger als dem totalen britischen Abzug aus Nordirland zufrieden geben. Wird man sich auf ein längeres Doppelspiel der IRA mit den alten fundamentalistischen Grundpositionen einerseits und gelegentlichen Bekundungen des Friedenswillens andererseits einrichten müssen? Verwiesen wird auch auf mögliche interne Koordinierungsprobleme oder gar Erosionserscheinungen zwischen immer un-

abhängiger voneinander operierenden Gruppen.

Unversöhnliche harte Töne schlug *Ian Paisley*, der Führer der Democratic Unionist Party, der radikaleren loyalistischen Partei, an. Diese gipfelte in der Aussage, unter den gegebenen Umständen sei eine Trennung vom Königreich nicht ausgeschlossen, die Erklärung dokumentiere die Unterwerfung der britischen Regierung unter die IRA.

Abgeordnete der größeren der Unionistischen Parteien, der Ulster Unionist Party, mahnten dagegen zunächst zur besonnenen Lektüre der Erklärung. Darüber hinaus gaben sie zu verstehen, wenn Sinn Fein auf Gewalt verzichte, würde sie als Verhandlungspartner akzeptiert. Die Sorgen und Befürchtungen der Unionisten aber werden sich offenbar nur schwer ausräumen lassen; besonders da unklar blieb, inwieweit die von Reynolds gemachten Zusagen auch eine Änderung der Artikel 2 und 3 der irischen Verfassung in Aussicht stellen, in denen der Anspruch auf ein ungeteiltes einiges Irland festgeschrieben ist. Explizit wurde dies zumindest nicht in die Erklärung aufgenommen.

Breite Unterstützung der Initiative durch die Kirchen

Breite Zustimmung und Unterstützung fand die gemeinsame irisch-britische Erklärung in den Kirchen Irlands und Großbritanniens (vgl. *The Tablet*, 25.12./1.1.94). In einer ersten Reaktion betonte der irische Primas, der Erzbischof von Armagh, Kardinal *Cahal Daly*, die gemeinsame Erklärung gebe der republikanischen Bewegung die Möglichkeit, der Gewalt ohne Gesichtverlust ein Ende setzen zu können, und würdigte zugleich das Bemühen um Ausgewogenheit, die keine der involvierten Parteien ausschließe. Alle Wege stünden offen, ausgenommen der der Gewalt.

Gerade die irischen Bischöfe hatten sich angesichts der Terrorakte des letzten Jahres gegen jede Form der Ge-

walt gestellt und betont, die blutigen Aktionen der IRA seien weder durch die Zustimmung der Mehrheit der irischen Katholiken noch irgendwie anders moralisch zu rechtfertigen. Jetzt warnte Daly die republikanische Bewegung, sich dem durch die Mehrheit getragenen politischen Prozeß zu verweigern, wäre irrational, unbegründbar und politisch verheerend.

In einer vielfach beachteten Botschaft an die katholischen Parlamentarier im britischen Unterhaus hatte Anfang Dezember der irische Primas – dem gemeinhin wegen seines kompromißlosen Eintretens gegen Gewalt und seines Verständnisses für die Ängste der Unionisten hohes Ansehen bescheinigt wird – seinerseits auf die Gunst der Stunde und die große Übereinstimmung in den Positionen der irischen und britischen Regierung hingewiesen. Überdies hätten Sinn Fein und die IRA eingesehen, daß Gewalt zu nichts führen würde, wobei Daly die besonderen Verdienste John Hume eigens würdigte (vgl. *The Tablet*, 4.12.93).

In weiteren offiziellen Stellungnahmen zu der Erklärung betonte das Komitee „Kirche und Regierung“ der Presbyterianischen Kirche in Irland, die britische und irische Regierung hätten ernsthaft versucht, sich der Realität dieses historischen Problemkomplexes zu stellen und die verschiedenen Parteien zu versöhnen. Der Primas der anglikanischen Kirche von Irland, Erzbischof *Robin Eames*, nannte die Erklärung mutig. Die Unionisten sollten sich davon überzeugen, daß sich ihre schlimmsten Befürchtungen nicht bestätigt hätten. Der Erzbischof von Canterbury, *Georg Carey*, bescheinigte der Erklärung, einen Weg des gegenseitigen Respektes unter den verschiedenen Traditionen Irlands ermöglicht zu haben. Als Basis für einen erfolgreichen Verhandlungsprozeß würdigte der anglikanische Erzbischof von Dublin, *Donald Caird*, die Erklärung und verwies auf die guten ökumenischen Beziehungen der Kirchen Irlands im Bemühen um einen Frieden für Nordirland (vgl. *Church times*, 31.12.93). Ausgewogenheit zwischen den verfaß-

ten Rechten der Unionisten und dem Ansinnen der Nationalisten bescheinigte auch der Erzbischof von Westminster, Kardinal *Basil Hume*, den beiden Regierungen.

In einer differenzierten Analyse der Erklärung für die katholische Wochenzeitung „*The Tablet*“ listet ein ehemaliger britischer Diplomat, *David Goodall*, die verschiedenen Risiken, offenen Fragen und Flanken auf, die die britisch-irische Initiative in sich trage, darunter: eine zu große Ausgewogenheit, um die IRA überhaupt zu erreichen; die Abspaltung eines weiteren Arms der IRA, der am bewaffneten Kampf festhält; die Ablehnung wegen der als zu gering erachteten Bewährungsprobe für die IRA; erhebliche Unsicherheit

über die mögliche Forderung Sinn Feins am Verhandlungstisch; die noch zu leistende Überzeugungsarbeit der irischen Regierung, um verständliche Befürchtungen der Unionisten zu zerstreuen, daß sie sich letzten Endes doch auf der schiefen Bahn zu einem vereinten Irland befinden; die Verschärfung des Terrors durch die „loyalistischen“ Paramilitärs, nachdem ohnehin im letzten Jahr zum ersten Mal mehr Terroropfer auf deren Konto gehen als auf das der IRA.

Goodall zeigt sich dennoch hoffnungsvoll: das bei allen Parteien voraussetzende Bewußtsein über die Höhe des Risikos werde dem allseitigen Verhalten die nötige Disziplin auferlegen. A.F.

Österreich: Versuchsballon um das Konkordat

Äußerungen der liberalen Politikerin Heide Schmidt lösten in Österreich eine Diskussion über das Konkordat von 1933 aus. In den beiden großen Parteien fand die Kritik am Staat-Kirche-Verhältnis allerdings keinen Widerhall. Ein „Kulturkampf“ paßt schlecht in die Zeit vor mehreren Landtagswahlen und der Nationalratswahl im Herbst.

Wer sich noch an die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen um den Datenschutz bei der letzten deutschen Volkszählung erinnert, mußte gewarnt sein, als die österreichische Koalitionsregierung unter dem sozialistischen Bundeskanzler *Franz Vranitzky* trotz etlicher Proteste kürzlich verfügte, das *Religionsbekenntnis* sei auf den Meldzetteln wieder zu vermerken.

Dieser Beschluß kam auf Drängen der katholischen Kirche zustande, die nach dem Wegfall der Haushaltslisten keine andere Möglichkeit sah, zur Vorschreibung der Kirchensteuer die Konfession der Österreicher festzustellen. Die Kirche berief sich dabei auf das 1933 abgeschlossene Konkordat, in dem noch vor Einführung der Kirchensteuer (diese wurde erst nach dem „Anschluß“ 1938 vom Hitler-Regime

oktroziert) festgelegt wurde: „Zur Hereinbringung von Leistungen seitens der Mitglieder von kirchlichen Verbänden wird der Kirche der staatliche Beistand gewährt, sofern diese Leistungen im Einvernehmen mit der Staatsgewalt auferlegt wurden oder aus sonstigen Titeln zu Recht bestehen.“

Massive Attacken aus dem „Liberalen Forum“

Die Änderung des Meldegesetzes, das nun von jedem Staatsbürger die Eintragung seines Religionsbekenntnisses verlangt, ging in Österreich trotz punktueller Proteste erstaunlicherweise ohne allzu große öffentliche Diskussion über die Bühne. Nicht einmal FPÖ-